Antrag Nr. 11

der **AUGE/UG –Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen Wien**
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Kinder schützen, Bildung sichern – Kopftuchverbot durch wirksame Unterstützung ersetzen

Seit September 2026 gilt an Österreichs Schulen ein Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren. Die Bundesregierung begründet die Maßnahme mit dem Schutz der Selbstbestimmung und der Entwicklung von Mädchen. Ob ein Gesetz diesem Anspruch gerecht wird, muss jedoch an seinen tatsächlichen Folgen für die betroffenen Kinder gemessen werden. Entscheidend ist, ob sie vor Zwang geschützt werden, Unterstützung erhalten und gleichberechtigt am Unterricht teilnehmen können.

Erste Erfahrungen zeigen, dass das Verbot selbst Konflikte und Belastungen auslösen kann. Die Wiener Schuldirektorin Martina Vogel berichtete im September von zwei 13-jährigen Schülerinnen, die ihr Kopftuch nicht ablegen wollten. Ihre Eltern hatten sie angesichts drohender Geldstrafen zum Abnehmen aufgefordert. Nach den Gesprächen fehlten beide Mädchen krankheitsbedingt entschuldigt im Unterricht, eines blieb auch am folgenden Tag zu Hause. Nach Darstellung der Direktorin waren Kopftücher an ihrer Schule zuvor kein größeres Problem gewesen. Der Fall zeigt, dass die Gleichsetzung von Kopftuchtragen und elterlichem Zwang der unterschiedlichen Lebensrealität der Mädchen nicht gerecht wird.

Auch die Umsetzung kann den Bildungszugang beeinträchtigen: Der Gleichbehandlungsanwaltschaft wurden Fälle gemeldet, in denen Mädchen auf den Gang geschickt wurden oder vor der Direktion warten mussten, bis ihre Eltern sie abholten. Die Behörde warnte davor, dass der Gesetzesvollzug zu rassistischer Diskriminierung führt.

Ein Kind, das Unterricht versäumt oder vor anderen bloßgestellt wird, erfährt dadurch keinen Schutz seiner Selbstbestimmung.

Besonders problematisch ist das Risiko eines Rückzugs aus dem gemeinsamen Schulalltag. Wenn Familien ihre Töchter wegen des Verbots zum häuslichen Unterricht anmelden, können regelmäßige Kontakte zu Lehrer:innen, Schulsozialarbeiter:innen und Gleichaltrigen verloren gehen. Gerade bei familiärem Druck wären diese Kontakte besonders wichtig.

Die veröffentlichten Fallzahlen verlangen ebenfalls eine sachliche Einordnung. Am 18. September 2026 berichtete der Bildungsminister von österreichweit rund **80 Fällen bei den Bildungsdirektionen**, davon 55 in Wien. Dem stehen laut der abgeschlossenen Schulstatistik 2024/25 insgesamt **1.185.525 Schüler:innen** gegenüber. Rechnerisch entsprechen 80 Fälle rund **0,007 Prozent** dieser Gesamtzahl. Dieser Vergleich veranschaulicht die Größenordnung.

Religiöser Zwang, patriarchale Kontrolle und die Abwertung von Mädchen müssen konsequent bekämpft werden. Dazu braucht es verlässliche Beziehungen, vertrauliche Beratung und konkrete Hilfe. Das bloße Verschwinden eines Kopftuchs aus dem Klassenzimmer beweist nicht, dass der Druck auf ein Mädchen verschwunden ist. Bleibt das Kind stattdessen zu Hause, kann sich seine Abhängigkeit sogar verstärken.

Die Schule muss ein Ort sein, an dem Kinder ihre Rechte kennenlernen, unterschiedliche Lebensentwürfe erfahren und Unterstützung gegen Fremdbestimmung erhalten. Dafür brauchen Schulen ausreichend Personal, Zeit und Geld. Bildungspolitik muss diese Voraussetzungen schaffen.

Die 186. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien möge daher beschließen:
Die Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung und die zuständigen Landesregierungen auf,

1. **das Kopftuchverbot für Schülerinnen unter 14 Jahren aufzuheben und durch wirksame Maßnahmen zum Schutz der Selbstbestimmung zu ersetzen.** Maßnahmen gegen religiösen oder familiären Zwang müssen an konkreten Gefährdungen ansetzen und die Rechte sowie die Sichtweise des betroffenen Kindes berücksichtigen.

2. **kleinere Klassen und mehr Lehrer:innen sicherzustellen.** Die Zahl der Schüler:innen pro Klasse ist zu senken, insbesondere an Standorten mit hohem Unterstützungsbedarf. Zusätzliche Planstellen, Teamteaching und ausreichend bezahlte Zeit für Elterngespräche und pädagogische Beziehungsarbeit sind dauerhaft zu finanzieren.
3. **Schulsozialarbeit und Schulpsychologie flächendeckend auszubauen.** Jede Schule braucht verlässlich erreichbare multiprofessionelle Unterstützung. Mädchen müssen vertrauliche Beratung auch unabhängig von ihren Eltern in Anspruch nehmen können.
4. **zusätzliche, langfristig gesicherte Budgetmittel für Integration und Bildung bereitzustellen.** Dazu gehören bedarfsgerechte Deutschförderung, mehrsprachige Elternarbeit, Dolmetschleistungen, kostenlose Lernunterstützung und der Ausbau ganztägiger Schulen. Die Mittelverteilung soll sich am sozialen und pädagogischen Bedarf der Standorte orientieren.
5. **den regelmäßigen Schulbesuch und die Teilnahme am Unterricht zu sichern.** Mädchen dürfen wegen ihres Kopftuchs nicht aus dem Unterricht geschickt, öffentlich bloßgestellt oder zur Abmeldung gedrängt werden. Bei längeren Fehlzeiten braucht es frühzeitig unterstützende Kontaktaufnahme und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe.
6. **die Folgen des Verbots unabhängig untersuchen zu lassen.** Zu erfassen sind insbesondere Unterrichtsversäumnisse, krankheitsbedingte Abwesenheiten im Zusammenhang mit Konflikten, Wechsel in den häuslichen Unterricht, psychische Belastungen und Diskriminierungserfahrungen. Dabei sind die betroffenen Mädchen selbst anzuhören und ihre persönlichen Daten zu schützen.
7. **geschlechterreflektierte Bildungsarbeit und Gewaltprävention zu stärken.** Die Arbeit gegen patriarchale Rollenbilder, religiösen Zwang, Sexismus und Rassismus muss alle Schüler:innen erreichen und insbesondere auch Burschen einbeziehen. Lehrer:innen benötigen dafür Fortbildung, fachliche Begleitung und konkrete Unterstützung bei Konflikten.
8. **unabhängige Beschwerde- und Beratungsangebote für Kinder auszubauen.** Diese müssen kostenlos, vertraulich und leicht zugänglich sein und sowohl bei

familiärem oder religiösem Druck als auch bei Diskriminierung durch Mitschüler:innen oder schulische Autoritäten wirksam helfen können

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☐